

Städtische Kollegien zu Altona.

Eine gemeinschaftliche öffentliche Sitzung der Städtischen Kollegien fand am Donnerstagabend im Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Schnaakenburg statt. Dieser teilte zunächst mit, daß Bürgermeister Schulz demnächst Kriegsdienste tun werde, so daß vom Magistrat vier Mitglieder zur Fahne einberufen sind, und zwar außer dem auf dem Felde der Ehre gefallenen Senator Schloßler, die Senatoren Dr. Heidemann und Dr. Harbeck, dazu noch zwei im Magistrat beschäftigte Mediziner.

Zur Tagesordnung übergehend wurde der von Senator Dr. Rosenkrantz begründete Antrag der Baukommission betreffend Straßenpflasterungen 1916 erledigt. Stadtverordneter Conrad Hühn hat bringend, bald doch auch eine Neupflasterung der Waterloostraße vornehmen zu lassen. Nachdem ein Antrag Hühn auf Streichung der Flottbelaufhäuser in dem Antrage abgelehnt worden war, wird der Antrag der Baukommission genehmigt. — Die Anträge der Kommission für Verkehr und Grundeigentum auf Nachbewilligung und Umgemeindung von Parzellen an der Luruperhäuser werden ohne weiteres angenommen; desgleichen der Antrag der Einquartierungskommission auf Aenderung der Vergütungsätze für Unterlunfts-gewährung im Kriege. Senator Schoening bemerkte, daß die Stadt an Amerikastriegelnern bis zum 1. Oktober 2 600 000 Mark verausgabt habe, hiervon wurden vom Staat 1 900 000 Mark vergütet, so daß die Stadt bereits 700 000 Mark verausgabt habe. Der Antrag der Kommission für Gas, Wasser und Elektrizität auf Bewilligung von Mitteln zur Ausführung von Gasanschlüssen fand Annahme.

Neuregelung der Unterstützungssätze.

Bürgermeister Dr. Schulz teilte mit, daß die Kommission für Familienunterstützung eine Erhöhung der Sätze in Aussicht genommen habe; es würden jedoch noch weitere Erhebungen angestellt werden müssen.

Außer dem bereits mitgeteilten sozialdemokratischen Antrag lag noch ein Antrag von Justizrat Löwenthal vor. Dieser beantragt:

„Die Städtischen Kollegien wollen beschließen: Die Familienunterstützung wird nicht nur in Höhe des Reichsmaßes, sondern in vollem Umfange während dreier Monate über den Zeitpunkt hinaus, von dem an die den Hinterbliebenen auf Grund des Gesetzes vom 17. Mai 1907 zu zahlenden Hinterbliebenenbezüge vollständig sind, weiter gewährt, in dieser Höhe also weder zurückgefordert, noch bei der Auszahlung der Hinterbliebenenbezüge in Abzug gebracht.“

Stadtv. Sievert begründete den sozialdemokratischen Antrag und betonte, daß er in Rücksicht auf die verheerende Zerstörung gepöbelt worden sei. Ueber einen hierbei geäußerten sehr trafen Auspruch wurde der Redner vom Oberbürgermeister zur Ordnung gerufen. Herr Sievert erklärte, daß er und seine Freunde es nicht leiden dürften, daß die Angehörigen von Kriegskriegslinern in Not liden.

Oberbürgermeister Schnaakenburg drückte sein Erstaunen über die Auslassungen des Stadtv. Sievert aus. Dieser konnte doch selbst nicht glauben, daß sein Antrag angenommen werde. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Namu, unerhört!) Der Magistrat werde dem Antrag nicht zustimmen können. Der Magistrat habe genau dieselbe Absicht, als die Antragsteller, den Hilfsbedürftigen nach Kräften zu helfen und sie zu unterstützen. Er habe aber auch die Pflicht, darauf zu achten, daß nicht unnützes Geld ausgegeben werde. Der Magistrat stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß wir in Altona keine höheren Sätze zahlen dürfen als in Hamburg. Man wünsche ebenfalls, daß die geäußerten Wünsche peinlich genau, gewissenhaft und schnell nachgeprüft werden. Der Sievert'sche Antrag könne nur der Familienunterstützungskommission als Material überwiesen werden.

Justizrat Löwenthal glaubt, daß Herr Sievert wohl damit zufrieden sein könne, wenn sein Antrag der Kommission überwiesen werde. Mit der Tendenz des Sievert'schen Antrages sei er vollkommen einverstanden. Er begründete dann noch seinen eigenen Antrag.

An der Debatte beteiligten sich noch die Herren Bürgermeister Dr. Schulz, Justizrat Löwenthal, die Stadtv. Hagge, Eiden, Rektor Schmarje. Dieser stellte fest, daß die Erhöhung der Unterstützungssätze nicht aus der Kriegslage selbst sich ergebe, sondern notwendig geworden sei infolge der außerordentlichen, ungerechtfertigten Steigerung der Lebensmittelpreise. Schließlich wurden beide Anträge der Familienunterstützungskommission als Material überwiesen.

Die Magistratsvorlage betreffend den Ausbau des Volksparks durch Errichtung eines Schießstandes

wurde durch Oberbürgermeister Schnaakenburg in trefflicher Weise ausführlich begründet. Er hat dringend um Annahme der Vorlage, wodurch etwas Großartiges und Musterartiges geschaffen werde, worauf nach Urteil Sachverständiger Altona stolz sein könne.

In der Besprechung empfahl zunächst Rektor Schmarje warm die Annahme der Vorlage. Bürgerwortführer Thomas erklärte, daß er und seine Fraktion der Vorlage ablehnend gegenüber stehen, nicht zuletzt, da die Frage der Rentabilität durchaus nicht außer Zweifel stehe. Das Bauernhaus solle man, wie auch früher beabsichtigt, auf die große Spielwiese des Volksparks setzen.

Die Vorlage wurde sodann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Für Weihnachtsgaben für die im Waffendienst stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt bewilligten die Kollegien einstimmig 12 000 M.

Der Antrag der Rammereikommission wegen Aenderung der Umsatzsteuerordnung, der vom Stadtsyndikus Dr. Hecker begründet wurde, wurde mit einem Änderungsantrag des Stadtv. Justizrats Löwenthal genehmigt; ebenfalls ohne weiteres der Antrag der Rammereikommission auf Aenderung der Grundsteuerordnung.

Sodann begründete Stadtv. Karbis den sozialdemokratischen Antrag, dahingehend, den Magistrat erneut zu beauftragen, bei der Reichsregierung durch geeignete Vorstellungen dahin zu wirken, daß: 1. nach Art der Brotversorgung alle wichtigen Lebensmittel beschlagnahmt werden und 2. zu Höchstpreisen an die Verbraucher abgegeben werden, die die Kriegskonjunkturgewinne ausschließen; 3. den Gemeinden muß die Verpflichtung auferlegt werden, daß sie ihre Einwohner mit Lebensmitteln versorgen. Den Gemeinden müssen zu gleicher Zeit die erforderlichen Rechte zur Enteignung und Preisfestsetzung verliehen werden.

Oberbürgermeister Schnaakenburg gab der Meinung Ausdruck, daß mit dem Antrage wenig oder nichts anzufangen sei. Auch in der Hamburger Bürgerschaft sei diese Frage behandelt worden, ohne daß man auch dort zu einem Beschluß gekommen sei, weil gegenwärtig im Bundesrat Maßnahmen getroffen würden, dem Lebensmittelwucher Einhalt zu gebieten. Es seien wirklich reichlich Lebensmittel vorhanden, und durch entsprechende Verordnungen des Bundesrats dürfte man bald dahin kommen, daß Lebensmittel aller Art zu erträglichen Preisen an

die Verbraucher gelangen. Er empfahl, die Resolution nicht abzulesen; sollte die Stadtverordnetenversammlung es dennoch wollen, bitte er Punkt 3 zu streichen, der sich ja auch schon aus Punkt 1 und 2 ergebe. Der Antrag wurde unter Streichung des dritten Satzes angenommen. Um 11½ Uhr trat geheime Sitzung ein. bk.